

Satzung

(Stand: 01. Juli 2023)

I. Name und Sitz, Zweck und Gegenstand der Genossenschaft

§ 1 Firmenname und Sitz

1. Die Firma der Genossenschaft lautet GFP Genossenschaft für Pflegekräfte eG.
2. Sitz der Genossenschaft ist Atzelgift.

§ 2 Zweck und Gegenstand

1. Die Genossenschaft ist eine Dienstleistungsgenossenschaft. Zweck der Genossenschaft ist, den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer Mitglieder oder deren soziale Belange, im Bereich der Senioren- und Krankenpflege Tätigen, durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb zu fördern.
2. Gegenstand des Unternehmens ist insbesondere die Erbringung pflegerischer Leistungen durch die Mitglieder der Genossenschaft in Einrichtungen im Bereich der Senioren- und Krankenpflege, u.a. durch Arbeitnehmerüberlassung und von Dienstleistungen, die mit dem vorgenannten Unternehmensgegenstand in Verbindung stehen.
3. Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf Nichtmitglieder ist in Ausnahmefällen zugelassen. Hierüber entscheidet der Vorstand.

II. Mitgliedschaft

§ 3 Erwerb einer Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft kann von natürlichen Personen, Personengesellschaften und juristische Personen, die pflegerisch im Gesundheitswesen tätig sind, erworben werden.
2. Außerdem können natürlichen Personen, Personengesellschaften und juristische Personen eine Mitgliedschaft erwerben, wenn deren Mitgliedschaft im Interesse der Genossenschaft liegt und diese dem Zweck der Genossenschaft dient.
3. Die Mitgliedschaft wird erworben durch eine von dem Beitretenden zu unterzeichnende unbedingte Erklärung und die Zulassung durch den Vorstand.
4. Bei Aufnahme ist vom Mitglied sofort ein Eintrittsgeld in Höhe von 200,-- € und mind. ein Geschäftsanteil von 300,-- € an die Genossenschaft zu zahlen.
5. Das Mitglied ist in die Mitgliederliste einzutragen und hiervon unverzüglich zu benachrichtigen.

§ 4 Beendigung

Die Mitgliedschaft endet durch Kündigung (§ 5), Übertragung des gesamten Geschäftsguthabens (§ 6), Tod (§ 7), Auflösung oder Erlöschen einer juristischen Person oder Personengesellschaft (§ 8) oder Ausschluss (§ 9).

§ 5 Kündigung

1. Jedes Mitglied hat das Recht, seine Mitgliedschaft durch Kündigung zu beenden.
2. Die Kündigung muss der Genossenschaft mindestens drei Monate vor Ende des Geschäftsjahres zugehen. Die Kündigung muss schriftlich erfolgen und ist an den Vorstand zu richten.
3. Soweit ein Mitglied mit mehreren Geschäftsanteilen beteiligt ist, ohne hierzu durch die Satzung oder eine Vereinbarung mit der Genossenschaft verpflichtet zu sein, kann es seine Beteiligung mit einem oder mehreren seiner weiteren Geschäftsanteile zum Schluss eines Geschäftsjahres unter der Einhaltung der Frist nach Abs. 2 kündigen.

§ 6 Übertragung des Geschäftsguthabens

1. Ein Mitglied kann jederzeit, auch im Laufe des Geschäftsjahres, sein Geschäftsguthaben durch schriftliche Vereinbarung einem anderen übertragen und hierdurch aus der Genossenschaft ohne Auseinandersetzung ausscheiden, sofern der Erwerber als Mitglied zugelassen wird oder bereits Mitglied ist.
2. Die Übertragung des Geschäftsguthabens ist nur zulässig, sofern das Geschäftsguthaben des Erwerbers nach Zuschreibung des Geschäftsguthabens des Veräußerers den Gesamtbetrag der Geschäftsanteile, mit denen der Erwerber beteiligt ist oder sich beteiligt, nicht überschreitet. Die Übertragung des Geschäftsguthabens bedarf außer in den Fällen der § 76 Abs. 2 GenG der Zustimmung des Vorstandes.
3. Ein Mitglied kann, ohne aus der Genossenschaft auszuscheiden, auch Teile seines Geschäftsguthabens übertragen und damit die Gesamtzahl seiner Geschäftsanteile verringern. Absatz 1 und 2 gelten entsprechend.

§ 7 Ausscheidung durch Tod

Mit dem Tod eines Mitgliedes geht dessen Mitgliedschaft auf Erben über. Die Mitgliedschaft der Erben endet mit dem Schluss des Geschäftsjahres, in dem der Erbfall eingetreten ist.

§ 8 Auflösung einer juristischen Person oder Personengesellschaft

Wird eine juristische Person oder Personengesellschaft aufgelöst oder erlischt sie, so endet die Mitgliedschaft mit dem Schluss des Geschäftsjahres, in dem die Auflösung oder das Erlöschen wirksam geworden ist. Im Fall der Gesamtrechtsnachfolge wird die Mitgliedschaft bis zum Schluss des Geschäftsjahres durch den Gesamtrechtsnachfolger fortgesetzt.

§ 9 Ausschluss

1. Ein Mitglied kann aus der Genossenschaft zum Schluss eines Geschäftsjahres ausgeschlossen werden, wenn:
 - es trotz schriftlicher Aufforderung unter Androhung des Ausschlusses den satzungsmäßigen oder sonstigen der Genossenschaft gegenüber bestehenden Verpflichtungen nicht nachkommt, insbesondere wenn wegen Nichterfüllung einer Verbindlichkeit die Einleitung gerichtlicher Maßnahmen notwendig ist
 - es durch Nichterfüllung seiner Verpflichtungen gegenüber der Genossenschaft diese schädigt oder geschädigt hat
 - es unrichtige Jahresabschlüsse oder Vermögensübersichten einreicht oder sonst unrichtige Erklärungen über seine rechtlichen oder wirtschaftlichen Verhältnisse abgibt
 - es zahlungsunfähig geworden, überschuldet oder über sein Vermögen das Insolvenzverfahren eröffnet worden ist
 - sein dauernder Aufenthaltsort unbekannt ist
 - sich sein Verhalten mit den Belangen der Genossenschaft nicht vereinbaren lässt, insbesondere wenn der Fördergeschäftsbetrieb der Genossenschaft nicht mehr und absehbar auch nicht wieder genutzt wird

- die Voraussetzungen für die Aufnahme in die Genossenschaft nicht vorhanden waren oder nicht mehr vorhanden sind
 - sein Arbeitsverhältnis mit der Genossenschaft beendet ist
 - es ein eigenes, mit der Genossenschaft in Wettbewerb stehendes Unternehmen betreibt oder sich an einem solchen beteiligt oder wenn ein mit der Genossenschaft in Wettbewerb stehendes Unternehmen sich an dem Unternehmen des Mitgliedes beteiligt
2. Über den Ausschluss eines Mitgliedes entscheidet der Vorstand. Mitglieder des Vorstandes oder der Bevollmächtigte der Generalversammlung können jedoch nur durch Beschluss der Generalversammlung ausgeschlossen werden.
 3. Vor der Beschlussfassung ist dem auszuschließenden Mitglied Gelegenheit zu geben, sich zu dem beabsichtigten Ausschluss zu äußern. Hierbei sind ihm die wesentlichen Tatsachen, auf denen der Ausschluss beruhen soll, sowie der satzungsmäßige Ausschließungsgrund mitzuteilen.
 4. Der Beschluss, durch den das Mitglied ausgeschlossen wird, hat die Tatsachen, auf denen der Ausschluss beruht, sowie den satzungsmäßigen Ausschließungsgrund anzugeben.
 5. Der Beschluss ist dem Ausgeschlossenen vom Vorstand unverzüglich durch eingeschriebenen Brief mitzuteilen. Ab dem Zeitpunkt der Absendung der Mitteilung verliert das Mitglied das Recht, an der Generalversammlung teilzunehmen, sowie seine Mitgliedschaft im Vorstand oder sein Amt als Bevollmächtigter der Generalversammlung.
 6. Gegen den Ausschlussbeschluss kann, wenn nicht die Generalversammlung den Ausschluss beschlossen hat, binnen sechs Wochen nach Zugang des Beschlusses beim auszuschließenden Mitglied durch dieses bei der Generalversammlung schriftlich Widerspruch eingelegt werden (Ausschlussfrist). Die Beschwerdeentscheidung der Generalversammlung ist genossenschaftsintern endgültig. Es bleibt dem Ausgeschlossenen unbenommen, gegen den Ausschluss den ordentlichen Rechtsweg zu beschreiten. Der ordentliche Rechtsweg ist jedoch ausgeschlossen, wenn das Mitglied von der Beschwerdemöglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat.

§ 10 Auseinandersetzung

1. Für die Auseinandersetzung zwischen dem ausgeschiedenen Mitglied und der Genossenschaft ist die festgestellte Bilanz maßgebend; Verlustvorträge sind nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile zu berücksichtigen. Im Fall der Übertragung des Geschäftsguthabens findet keine Auseinandersetzung statt.
2. Das ausgeschiedene Mitglied hat Anspruch auf das Auseinandersetzungsguthaben. Auf die Rücklagen und das sonstige Vermögen der Genossenschaft hat das Mitglied keinen Anspruch. Die Genossenschaft ist berechtigt, bei der Auseinandersetzung die ihr gegen das ausgeschiedene Mitglied zustehenden fälligen Forderungen gegen das Auseinandersetzungsguthaben aufzurechnen. Der Genossenschaft haftet das Auseinandersetzungsguthaben als Pfand für einen etwaigen Ausfall, insbesondere im Insolvenzverfahren des Mitgliedes.
3. Die vorstehenden Absätze gelten entsprechend für die Auseinandersetzung bei der Kündigung einzelner Geschäftsanteile.

§ 11 Rechte der Mitglieder

Jedes Mitglied hat das Recht, nach Maßgabe des Genossenschaftsgesetzes, der Satzung und der getroffenen Vereinbarung, die Einrichtungen und Leistungen des gemeinschaftlichen Fördergeschäftsbetriebes in Anspruch zu nehmen und an der Gestaltung der Genossenschaft mitzuwirken. Es hat insbesondere das Recht

- an der Generalversammlung, an ihren Beratungen, Abstimmungen und Wahlen teilzunehmen und dort Äußerungen über die Angelegenheiten der Genossenschaft zu verlangen
- bei Anträgen auf Einberufung außerordentlicher Generalversammlungen mitzuwirken; zu solchen Anträgen bedarf es des textförmlichen Antrages von mindestens einem Zehntel der Mitglieder
- Gegenstände für die Ankündigung zur Beschlussfassung der Generalversammlung einzureichen, hierzu bedarf es des textförmlichen Antrages von mindestens einem Zehntel der Mitglieder
- nach Maßgabe der einschlägigen Bestimmung und Beschlüsse am Jahresgewinn teilzunehmen
- rechtzeitig vor Feststellung des Jahresabschlusses durch die Generalversammlung auf seine Kosten eine Abschrift des Jahresabschlusses und des Lageberichts (soweit dieser gesetzlich erforderlich ist) zu verlangen

- die Niederschrift der Generalversammlung einzusehen
- die Mitgliederliste einzusehen
- Einsicht in das zusammengefasste Ergebnis des Prüfberichts zu nehmen

§ 12 Pflichten der Mitglieder

Jedes Mitglied hat die Pflicht das Interesse der Genossenschaft zu wahren. Es hat insbesondere

- durch seine direkten oder indirekten Aktivitäten, beruflichen Ausübungen oder Mitgliedschaft oder Vertretung in anderen Organisationen und Institutionen nicht die gemeinsamen wirtschaftlichen oder sozialen Bedürfnisse und Vorstellungen der Genossenschaft oder seiner Mitglieder zu verletzen
- den Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes, der Satzung, den Geschäfts-, Leistungs- und Zahlungsbedingungen sowie den Beschlüssen der Organe nachzukommen
- Geschäftsanteile nach Maßgabe des § 34 der Satzung zu übernehmen und die Einzahlungen auf den Geschäftsanteil gemäß § 34 der Satzung zu leisten
- das festgesetzte Eintrittsgeld zu zahlen
- der Genossenschaft seine Anschrift, Telefonnummer und Email-Adresse mitzuteilen. Änderungen der Kontakt- und Kommunikationsdaten, der Rechtsform sowie der Inhaber und Beteiligungsverhältnisse sowie der Vertretungsverhältnisse müssen unverzüglich und in schriftlicher und/oder digitaler Form bekannt gemacht werden
- Angebotsunterlagen, Preise und Konditionen, Rundschreiben und sonstige Informationen der Genossenschaft gegenüber Außenstehenden vertraulich zu behandeln

III. Organe der Genossenschaft

§ 13 Organe

Die Organe der Genossenschaft sind der Vorstand, der Bevollmächtigte der Generalversammlung und die Generalversammlung.

§ 14 Vorstand

1. Der Vorstand leitet die Genossenschaft in eigener Verantwortung und führt die Geschäfte der Genossenschaft gemäß den gesetzlichen Vorschriften, insbesondere des Genossenschaftsgesetzes.
2. Der Vorstand vertritt die Genossenschaft gerichtlich und außergerichtlich nach Maßgabe des § 15.

§ 15 Vertretung

1. Zwei Vorstandsmitglieder können rechtsverbindlich für die Genossenschaft zeichnen und Erklärungen abgeben. Ist nur ein Vorstandsmitglied bestellt (§ 18), so ist dieses alleinvertretungsberechtigt (gesetzliche Vertretung). Die Generalversammlung kann einzelnen oder allen Vorstandsmitgliedern Alleinvertretungsbefugnis erteilen und sie von dem Verbot der Mehrvertretung gemäß § 181 Alternative 2 BGB befreien, ihnen also die Befugnis erteilen, bei allen Rechtshandlungen, welche die Genossenschaft mit oder gegenüber Dritten vornimmt zugleich als Vertreter Dritter zu handeln.
2. Die Erteilung von Prokura, Handlungsvollmacht und sonstigen Vollmachten zur rechtsgeschäftlichen Vertretung ist zulässig.

§ 16 Aufgaben und Pflichten

1. Die Vorstandsmitglieder haben bei ihrer Geschäftsführung die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters einer Genossenschaft anzuwenden. Über vertrauliche Angaben und Geheimnisse, namentlich Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, die ihnen durch die Tätigkeit im Vorstand bekannt geworden sind, haben sie Stillschweigen zu bewahren.
2. Der Vorstand ist insbesondere verpflichtet
 - den gemeinschaftlichen Fördergeschäftsbetrieb und die Geschäfte zweck- und unternehmensgegenstandsbezogen zu führen und die für einen ordnungsgemäßen Fördergeschäftsbetrieb notwendigen personellen, sachlichen und organisatorischen Maßnahmen rechtzeitig zu planen und durchzuführen
 - sicherzustellen, dass die Mitglieder sachgemäß betreut werden
 - für ein ordnungsgemäßes, zweckdienliches Rechnungswesen zu sorgen und dabei die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung zu beachten
 - über die Zulassung des Beitritts neuer Mitglieder und über die Beteiligung mit weiteren Geschäftsanteilen zu entscheiden sowie die Mitgliederliste nach Maßgabe des Genossenschaftsgesetzes zu führen
 - ordnungsgemäße Inventuren vorzunehmen und ein Inventarverzeichnis zum Ende des Geschäftsjahres aufzustellen
 - spätestens innerhalb von fünf Monaten nach Ende des Geschäftsjahres den Jahresabschluss und, soweit gesetzlich erforderlich, den Lagebericht aufzustellen, und sodann beides der Generalversammlung vorzulegen
 - dem zuständigen Prüfverband Einberufung, Termin, Tagesordnung und Anträge für die Generalversammlung rechtzeitig anzuzeigen
 - im Prüfbericht festgestellte Mängel abzustellen

§ 17 Berichterstattung

Der Vorstand hat der ordentlichen Generalversammlung zu berichten unter anderem über

- die fördergeschäftliche Entwicklung der Genossenschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr
- die Einhaltung der genossenschaftlichen Grundsätze, insbesondere des Förderzwecks
- die Gesamtverbindlichkeiten der Genossenschaft
- die bei der Genossenschaft bestehenden Außenstände
- die Unternehmensplanung, aus der insbesondere der Investitions- und Kreditbedarf hervorgeht

§ 18 Zusammensetzung des Vorstandes

1. Der Vorstand besteht aus mindestens einem Mitglied. Mitglieder des Vorstandes müssen zugleich Mitglieder der Genossenschaft und natürliche Personen sein. Der Vorstand bedarf für die Aufnahme des 21. Mitgliedes der Zustimmung der Generalversammlung. Bei der Einladung zu dieser Generalversammlung hat der Vorstand zugleich Wahlen zum Vorstand und zum Aufsichtsrat sowie entsprechende Satzungsänderungen auf die Tagesordnung zu setzen.
2. Der Vorstand wird von der Generalversammlung mit einfacher Mehrheit gewählt. Der Bevollmächtigte der Generalversammlung ist für den Abschluss, die Änderung sowie die Beendigung von Dienstverträgen durch ordentliche Kündigung und Abschluss einer Aufhebungsvereinbarung mit Vorstandsmitgliedern zuständig. Für die außerordentliche Kündigung des Dienstverhältnisses aus wichtigem Grund (fristlose Kündigung) ist die Generalversammlung zuständig. Die Beendigung des Dienstverhältnisses hat die Aufhebung der Organstellung zum Zeitpunkt des Ausscheidens zur Folge.
3. Die Generalversammlung kann jederzeit ein Vorstandsmitglied seines Amtes entheben.

4. Die Vorstandsmitglieder dürfen ihr Amt nur nach rechtzeitiger Ankündigung von 3 Monaten und nicht zur Unzeit niederlegen, sodass ein Vertreter bestellt werden kann; es sei denn ein wichtiger Grund für die Amtsniederlegung ist gegeben.

§ 19 Willensbildung

1. Entscheidungen des Vorstandes bedürfen grundsätzlich der Beschlussfassung. Vorstandssitzungen sind bei Bedarf einzuberufen. Eine Vorstandssitzung muss unverzüglich einberufen werden, wenn ein Mitglied des Vorstands dies unter Angabe von Gründen verlangt. Die Einberufung der Vorstandssitzung erfolgt durch den Vorsitzenden, der die wesentlichen zur Verhandlung kommenden Gegenstände in der Einladung mitteilen soll. Eine Beschlussfassung ist auch ohne Einberufung einer Sitzung im Wege schriftlicher, fernmündlicher oder elektronischer Abstimmung zulässig, wenn ein Vorstandsmitglied eine solche Beschlussfassung veranlasst und kein anderes Mitglied des Vorstandes diesem Verfahren widerspricht.
2. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder mitwirkt. Er fasst seine Beschlüsse mit der Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.
3. Beschlüsse sind zu Beweis Zwecken zu protokollieren. Die Protokolle sind fortlaufend zu nummerieren und von den an der Beschlussfassung beteiligten Vorstandsmitgliedern zu unterzeichnen.
4. Wird über die Angelegenheit der Genossenschaft beraten, die die Interessen eines Vorstandsmitgliedes, seines Ehegatten, seiner direkten Angehörigen oder einer von ihm in kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen Person berühren, so darf, wenn der Vorstand aus mehreren Personen besteht, das betreffende Vorstandsmitglied an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen. Das Vorstandsmitglied ist jedoch vor der Beschlussfassung zu hören.

§ 20 Aufgaben und Pflichten des Bevollmächtigten der Generalversammlung

1. Solange die Genossenschaft weniger als 20 Mitglieder hat, wird auf die Bildung eines Aufsichtsrats verzichtet. Sollte in der Zukunft die Anzahl der Mitglieder über 20 Mitglieder ansteigen, sind die Vorschriften des Genossenschaftsgesetzes zur Bildung eines Aufsichtsrats anzuwenden. Der Vorstand ist angehalten, unverzüglich eine Generalversammlung einzuberufen, in der die Mitglieder des Aufsichtsrats von der Generalversammlung zu wählen sind.
2. Die Generalversammlung wählt aus ihren Reihen einen Bevollmächtigten, der die Genossenschaft gegenüber dem Vorstand gerichtlich und außergerichtlich vertritt. Das Amt beginnt mit dem Schluss der Generalversammlung, die die Wahl vorgenommen hat, und endet mit dem Schluss der Generalversammlung, die für das dritte Geschäftsjahr nach der Wahl stattfindet. Wiederwahl ist zulässig. Dem Prüfungsverband ist ein Wechsel in der Person des Bevollmächtigten der Generalversammlung unverzüglich durch den Vorstand mitzuteilen.
3. Dem Bevollmächtigten ist seitens des Prüfungsverbandes der Beginn der Prüfung anzuzeigen. Er ist von wichtigen Feststellungen, nach denen dem Prüfer sofortige Maßnahmen erforderlich erscheinen, unverzüglich in Kenntnis zu setzen. Er ist in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Vorstand über das voraussichtliche Ergebnis der Prüfung zu unterrichten.

§ 21 Aufgaben der Generalversammlung

Solange ein Aufsichtsrat nicht besteht, hat die Generalversammlung entsprechend § 9 GenG grundsätzlich die Rechte und Pflichten des Aufsichtsrates wahrzunehmen, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt. Sie hat insbesondere den Vorstand bei dessen Geschäftsführung zu überwachen. Die Generalversammlung kann zu diesem Zweck vom Vorstand jederzeit Auskünfte über alle Angelegenheiten der Genossenschaft verlangen und die Bücher und Schriften der Genossenschaft sowie den Bestand der Genossenschaftskasse und die Bestände an Wertpapieren, Handelspapieren und Waren einsehen und prüfen. Die Generalversammlung kann einzelne Mitglieder bevollmächtigen, die Einsichtnahme und Prüfung durchzuführen. Die Generalversammlung hat den Jahresabschluss, den Lagebericht - soweit gesetzlich erforderlich - und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses oder die Deckung des Jahresfehlbetrags zu prüfen.

§ 22 Generalversammlung

1. Die Mitglieder üben ihre Rechte in den Angelegenheiten der Genossenschaft in der Generalversammlung aus.
2. Jedes Mitglied hat eine Stimme.
3. Geschäftsunfähige, beschränkt geschäftsfähige sowie juristische Personen üben ihr Stimmrecht durch den gesetzlichen Vertreter, Personenhandelsgesellschaften durch ihre zur Vertretung ermächtigten Gesellschafter aus.
4. Die Mitglieder sollen ihre Rechte persönlich ausüben. Mitglieder, deren gesetzlicher Vertreter oder zur Vertretung ermächtigter Gesellschafter können sich jedoch auch durch Bevollmächtigte vertreten lassen. Mehrere Erben eines verstorbenen Mitgliedes können das Stimmrecht nur durch einen gemeinschaftlichen Bevollmächtigten ausüben. Ein Bevollmächtigter kann nicht mehr als zwei Mitglieder vertreten. Bevollmächtigte können nur Mitglieder der Genossenschaft sein oder müssen zum Vollmachtgeber in einem Gesellschafts- oder Anstellungsverhältnis stehen. Personen, an welche die Mitteilung über den Ausschluss abgesandt ist, können nicht bevollmächtigt werden.
5. Stimmberechtigte gesetzliche Vertreter oder Bevollmächtigte müssen ihre Vertretungsbefugnis gegenüber dem Versammlungsleiter schriftlich nachweisen.
6. An der Generalversammlung teilnehmende Mitglieder des Vorstandes haben grundsätzlich Stimmrecht.
7. Niemand kann für sich oder einen anderen das Stimmrecht ausüben, wenn darüber Beschluss gefasst wird, ob er oder das vertretene Mitglied zu entlasten oder von einer Verbindlichkeit zu befreien ist, oder ob die Genossenschaft gegen ihn oder das vertretene Mitglied einen Anspruch geltend machen soll. Er ist jedoch vor der Beschlussfassung zu hören.

§ 23 Beschlussfassung (der Generalversammlung) im Umlaufverfahren

1. Wenn der Vorstand dies festlegt, können Beschlüsse der Mitglieder außerhalb der Generalversammlung gemäß § 43 Abs. 7 Genossenschaftsgesetz schriftlich gefasst werden.
2. Dem Mitglied ist der Gegenstand der Beschlussfassung schriftlich unter Beifügung eines Stimmzettels mitzuteilen. Als gültig abgegebene Stimme wird der Stimmzettel anerkannt, der unter Kenntlichmachung der Stimmabgabe vom Mitglied unterschrieben (bei juristischen Personen und Personengesellschaften durch die zur Vertretung befugten Personen) innerhalb einer Frist von vier Wochen ab Aufgabe der Abstimmungsunterlagen durch die Genossenschaft zur Post im Original zurückgesandt worden ist. Nicht ausgefüllte oder nicht unterschriebene Stimmzettel sind ungültig. Maßgeblich für die Rechtzeitigkeit der Stimmabgabe ist das Datum des Poststempels.
3. Der Genossenschaft bleibt es vorbehalten, Erläuterungen zu den vorgesehenen Beschlüssen und eventuelle Anlagen zur Einsicht über elektronische Medien zur Verfügung zu stellen. In diesem Fall enthält die Beschlussankündigung einen Download-Link oder eine entsprechende Möglichkeit des Zugriffs über das Internet. Auf ausdrückliche Anforderung in Textform kann das Mitglied die Unterlagen auf Kosten der Genossenschaft in Textform (wahlweise per Brief, Fax oder Email) zugesandt erhalten. Die Abstimmungsfrist nach Abs. 2 wird hierdurch nicht verlängert.
4. Das Mitglied hat im Umlaufverfahren seine Stimme höchstpersönlich abzugeben. Eine Vertretung durch Dritte ist ausgeschlossen.

§ 24 Frist und Tagungsort

1. Die ordentliche Generalversammlung hat innerhalb der ersten sechs Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres stattzufinden.
2. Außerordentliche Generalversammlungen können bei Bedarf einberufen werden.
3. Die Generalversammlung findet am Sitz der Genossenschaft statt, sofern nicht der Vorstand einen anderen Tagungsort oder ein anderes Verfahren (§ 23 der Satzung) festlegt.

§ 25 Einberufung und Tagesordnung

1. Die Generalversammlung wird durch den Vorstand einberufen. Der Bevollmächtigte der Generalversammlung ist zur Einberufung berechtigt, wenn hierfür ein gesetzlicher oder satzungsmäßiger Grund vorliegt oder wenn dies anderweitig im Interesse der Genossenschaft erforderlich ist, namentlich auf Verlangen des Prüfverbandes.
2. Die Mitglieder der Genossenschaft können per textförmlichen Antrag unter Angabe des Zwecks und der Gründe die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung verlangen. Hierzu bedarf es des Verlangens von mindestens einem Zehntel der Mitglieder.
3. Die Generalversammlung wird durch unmittelbare Benachrichtigung sämtlicher Mitglieder in Textform einberufen unter Einhaltung einer Frist von mindestens zwei Wochen, die zwischen dem Tage des Zugangs (Abs. 7) bzw. der Veröffentlichung der Einberufung und dem Tage der Generalversammlung liegen muss. Bei der Einberufung ist die Tagesordnung bekannt zu machen.
4. Die Tagesordnung wird von demjenigen Organ festgesetzt, das die Generalversammlung einberuft. Mitglieder der Genossenschaft können per textförmlichen Antrag unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangen, dass Gegenstände zur Beschlussfassung in der Generalversammlung angekündigt werden. Hierzu bedarf es des Verlangens von mindestens einem Zehntel der Mitglieder.
5. Über Gegenstände, deren Verhandlung nicht so rechtzeitig angekündigt ist, dass mindestens eine Woche zwischen dem Zugang der Ankündigung (Abs. 7) und dem Tage der Generalversammlung liegen, können Beschlüsse nicht gefasst werden; hiervon sind jedoch Beschlüsse über den Ablauf der Versammlung sowie über Anträge auf Berufung einer außerordentlichen Generalversammlung ausgenommen.
6. Zu Anträgen und Verhandlungen ohne Beschlussfassung bedarf es keiner Ankündigung.
7. In den Fällen der Absätze 3 und 5 gelten die Mitteilungen als zugegangen, wenn sie zwei Werktage vor Beginn der Frist abgesendet worden sind.

§ 26 Versammlungsleitung

Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der Vorstand wenn er die Generalversammlung einberufen hat (Versammlungsleiter). Durch Beschluss der Generalversammlung kann der Vorsitz einem anderen Mitglied der Genossenschaft oder einem Vertreter des Prüfungsverbandes übertragen werden. Der Versammlungsleiter ernennt einen Schriftführer und erforderlichenfalls Stimmzähler.

§ 27 Gegenstände der Beschlussfassung

Der Beschlussfassung der Generalversammlung unterliegen außer den im Genossenschaftsgesetz oder in dieser Satzung bezeichneten sonstigen Angelegenheiten insbesondere

- Änderungen der Satzung
- Umfang der Bekanntgabe des Prüfungsberichts des Prüfverbandes
- Feststellung des Jahresabschlusses, Verwendung des Jahresüberschusses oder Deckung des Jahresfehlbetrages
- Entlastung des Vorstandes und des Bevollmächtigten der Generalversammlung
- Wahl der Mitglieder des Vorstandes und des Bevollmächtigten der Generalversammlung
- Widerruf der Bestellung von Mitgliedern des Vorstandes und des Bevollmächtigten der Generalversammlung
- Ausschluss von Vorstandsmitgliedern und des Bevollmächtigten der Generalversammlung aus der Genossenschaft
- Führung von Prozessen gegen im Amt befindliche sowie ausgeschiedene Vorstandsmitglieder wegen ihrer Organstellung
- Festsetzung der Beschränkungen gemäß § 49 GenG
- Grundsätze der Geschäftspolitik

- Erwerb, Bebauung, Belastung und Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten; ausgenommen ist der Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten zur Rettung eigener Forderungen
- Abschluss von Verträgen mit besonderer Bedeutung, insbesondere von solchen Verträgen, durch die wiederkehrende Verpflichtungen, deren Wert im Einzelfall € 12.000,-- € jährlich übersteigt, begründet werden, sowie Anschaffung und Veräußerung von beweglichen Sachen im Wert von mehr als € 12.000.-- €.
- Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen sowie Gründung eigener Unternehmen
- Verwendung der Rücklagen gem. §§ 35 und 36
- Erteilung oder Widerruf von Prokura
- Beitritt zu oder Austritt aus Organisationen und Verbänden
- Ausschüttung einer Rückvergütung
- Aufnahme, Übertragung oder Aufgabe eines wesentlichen Geschäftsbereiches
- Verschmelzung, Spaltung oder Formwechsel der eingetragenen Genossenschaft
- Auflösung der Genossenschaft
- Fortsetzung der Genossenschaft nach beschlossener Auflösung

§ 28 Mehrheitserfordernisse

1. Die Beschlüsse der Generalversammlung bedürfen einer einfachen Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen, soweit nicht das Gesetz oder diese Satzung eine größere Mehrheit vorschreibt.
2. Eine Mehrheit von drei Vierteln der gültigen abgegebenen Stimmen ist insbesondere in folgenden Fällen erforderlich:
 - Änderung der Satzung
 - Ausschluss von Vorstandsmitgliedern oder des Bevollmächtigten der Generalversammlung aus der Genossenschaft
 - Verschmelzung, Spaltung oder Formwechsel der eingetragenen Genossenschaft
 - Austritt aus genossenschaftlichen Verbänden
 - Auflösung der Genossenschaft
 - Fortsetzung der Genossenschaft nach beschlossener Auflösung
3. Bei Beschlussfassung über die Änderung der gesellschaftsrechtlichen Vereinigungsform oder die Auflösung der Genossenschaft ist über die gesetzlichen Vorschriften hinaus die Anwesenheit von zwei Dritteln aller Mitglieder in einer nur zu diesem Zweck einberufenen Generalversammlung erforderlich. Wenn diese Mitgliederzahl in der Versammlung, die über die Änderung der gesellschaftsrechtlichen Vereinigungsform beschließt, nicht erreicht ist, kann jede weitere Versammlung in Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder innerhalb des gleichen Geschäftsjahres über den Vereinigungsformwechsel beschließen. Eine Änderung der Sätze 1 und 2 dieses Absatzes bedarf eine Mehrheit von neun Zehnteln der gültig abgegebenen Stimmen.
4. Vor der Beschlussfassung über die Verschmelzung, Spaltung, den Formwechsel nach den Vorschriften des Umwandlungsgesetzes und Fortsetzung der aufgelösten Genossenschaft ist der Prüfungsverband zu hören. Ein Gutachten des Prüfungsverbandes ist vom Vorstand rechtzeitig zu beantragen und in der Generalversammlung zu verlesen.

§ 29 Entlastung

Über die Entlastung von Vorstand und Bevollmächtigtem der Generalversammlung ist getrennt abzustimmen; hierbei haben weder die Mitglieder des Vorstandes noch der Bevollmächtigte der Generalversammlung ein Stimmrecht.

§ 30 Abstimmung und Wahlen

1. Abstimmungen und Wahlen werden mit Handzeichen oder Stimmzettel durchgeführt. Sie müssen geheim durch Stimmzettel erfolgen, wenn der Vorstand, der Bevollmächtigte der Generalversammlung oder mindestens der vierte Teil der bei einer Beschlussfassung hierüber gültig abgegebenen Stimmen es verlangen.
2. Bei der Feststellung des Stimmenverhältnisses werden nur die gültig abgegebenen Stimmen gezählt; Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen werden nicht berücksichtigt. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt; bei Wahlen entscheidet in diesem Fall das Los.
3. Wird eine Wahl mit Handzeichen durchgeführt, so ist für jedes zu vergebende Mandat ein besonderer Wahlgang erforderlich. Gewählt ist, wer die meisten der gültig abgegebenen Stimmen erhalten hat. Bei Stimmgleichheit entscheidet eine Stichwahl.
4. Wird eine Wahl mit Stimmzettel durchgeführt, so hat jeder Wahlberechtigte so viele Stimmen wie Mandate zu vergeben sind. Der Wahlberechtigte bezeichnet auf dem Stimmzettel die Kandidaten, denen er seine Stimme geben will; auf einen Kandidaten kann dabei nur eine Stimme entfallen. Gewählt sind diejenigen Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten.
5. Ein Gewählter hat unverzüglich gegenüber der Genossenschaft zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

§ 31 Auskunftsrecht

1. Jedem Mitglied ist auf Verlangen in der Generalversammlung, natürlich mündlich, Auskunft über Angelegenheiten der Genossenschaft zu geben, soweit das zur sachgemäßen Beurteilung eines Gegenstandes der Tagesordnung erforderlich ist. Die Auskunft erteilt der Vorstand oder - soweit dessen Aufgabe berührt ist - der Bevollmächtigte der Generalversammlung.
2. Die Auskunft darf verweigert werden, soweit
 - die Erteilung der Auskunft nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung geeignet ist, der Genossenschaft einen nicht unerheblichen Nachteil zuzufügen
 - die Frage steuerliche Wertansätze oder die Höhe einzelner Steuern betreffen
 - die Erteilung der Auskunft strafbar wäre oder eine gesetzliche, satzungsmäßige oder vertragliche Geheimhaltungspflicht verletzt würde
 - das Auskunftsverlangen die persönlichen oder geschäftlichen Verhältnisse eines Dritten betrifft
 - es sich um arbeitsvertragliche Vereinbarungen mit Vorstandsmitgliedern oder Mitarbeitern der Genossenschaft handelt
 - die Verlesung von Schriftstücken zu einer unzumutbaren Verlängerung der Generalversammlung führen würde

§ 32 Niederschrift

1. Die Beschlüsse der Generalversammlung sind zu Beweis Zwecken zu protokollieren. Die Protokolle sind fortlaufend zu nummerieren.
2. Die Anfertigung der Niederschrift muss spätestens innerhalb von zwei Wochen erfolgen. Dabei sollen Ort und Tag der Versammlung, der Name des Versammlungsleiters sowie die Art und das Ergebnis von Abstimmungen und Wahlen und die Feststellung des Versammlungsleiters über die Beschlussfassung angegeben werden. Die Niederschrift ist von dem Versammlungsleiter, dem Schriftführer und ggf. den weiteren Vorstandsmitgliedern, die an der Generalversammlung teilgenommen haben, zu unterschreiben. Ihr sind die Belege über die Einberufung als Anlagen beizufügen.
3. In den Fällen des § 47 Abs. 3 GenG ist der Niederschrift außerdem ein Verzeichnis der persönlich erschienenen oder vertretenden Mitglieder und der Vertreter von Mitgliedern beizufügen. Bei jedem persönlich erschienenen oder vertretenen Mitglied ist dessen Stimmzahl zu vermerken.
4. Die Niederschrift mit den dazugehörenden Anlagen ist von der Genossenschaft aufzubewahren. Jedes Genossenschaftsmitglied kann Einsicht in die Niederschrift nehmen.

§ 33 Teilnahmerecht der Verbände

Der zuständige Prüfverband kann an jeder Generalversammlung beratend teilnehmen.

IV. Eigenkapital und Haftung

§ 34 Geschäftsanteile und Geschäftsguthaben

1. Der Geschäftsanteil beträgt € 300,-- (in Worten - dreihundert).
2. Nach Benachrichtigung des Mitgliedes von der Eintragung in die Mitgliederliste ist der Geschäftsanteil unverzüglich und vollständig einzuzahlen. Auf Nachfrage kann der Vorstand dem Mitglied eine monatliche Ratenzahlung von höchstens drei gleich hohen Raten gewähren, wobei die erste Rate nach der Benachrichtigung über die Eintragung in die Mitgliederliste unverzüglich einzuzahlen ist.
3. Ein Mitglied kann sich mit weiteren Geschäftsanteilen beteiligen. Die Beteiligung eines Mitgliedes mit weiteren Geschäftsanteilen darf der Vorstand erst zulassen, wenn der erste/die vorherigen voll eingezahlt sind. Für die Einzahlung gilt Absatz 2 entsprechend.
4. Die auf den/die Geschäftsanteil(e) geleistete(n) Einzahlung(en) zuzüglich sonstiger Gutschriften und abzüglich zur Verlustdeckung abgeschriebenener Beträge bilden das Geschäftsguthaben eines Mitgliedes.
5. Das Geschäftsguthaben darf, solange das Mitglied nicht ausgetreten ist, von der Genossenschaft nicht ausgezahlt, nicht aufgerechnet oder im geschäftlichen Betrieb der Genossenschaft als Sicherheit verwendet werden. Eine geschuldete Einzahlung darf nicht erlassen werden; gegen diese kann das Mitglied nicht aufrechnen.
6. Die Abtretung oder Verpfändung des Geschäftsguthabens an Dritte ist unzulässig und der Genossenschaft gegenüber unwirksam. Eine Aufrechnung des Geschäftsguthabens durch das Mitglied gegen seine Verbindlichkeiten gegenüber der Genossenschaft ist nicht gestattet. Für das Auseinandersetzungsguthaben gilt § 10.

§ 35 Rücklage

1. Die gesetzliche Rücklage dient nur der Deckung von Bilanzverlusten.
2. Sie wird gebildet durch eine jährliche Zuweisung von mindestens zehn Prozent des Jahresüberschusses zuzüglich eines eventuellen Gewinnvortrages, bzw. abzüglich eines eventuellen Verlustvortrages, solange die Rücklage nicht die Höhe der Summe der Geschäftsanteile aller Mitglieder erreicht.
3. Über die Verwendung der gesetzlichen Rücklage beschließt die Generalversammlung.

§ 36 Ergebn isrücklage

Außer der gesetzlichen Rücklage kann eine andere Ergebn isrücklage gebildet werden, über deren Dotierung und Verwendung Höhe die Generalversammlung beschließt.

§ 37 Kapitalrücklage

Werden Eintrittsgelder, Straf gelder, Baukostenzuschüsse oder vergleichbare Beiträge erhoben, so sind sie einer zu bildenden Kapitalrücklage zuzuweisen. Über ihre Verwendung beschließt die Generalversammlung.

§ 38 Nachschusspflicht, Haftung

Die Nachschusspflicht der Mitglieder in der Insolvenz der Genossenschaft ist ausgeschlossen. Für die Verbindlichkeit der Genossenschaft haftet nur das Genossenschafts vermögen.

V. Rechnungswesen

§ 39 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr ist ein Rumpfgeschäftsjahr und beginnt mit der Gründung der Genossenschaft und endet am darauf folgenden 31. Dezember.

§ 40 Rechnungslegung und Prüfung

1. Der Vorstand hat innerhalb von fünf Monaten nach Ende des Geschäftsjahres den Jahresabschluss (§ 242 Abs. 3 HGB) und den Lagebericht (§ 289 HGB), soweit dieser gesetzlich erforderlich ist, für das vergangene Geschäftsjahr aufzustellen.
2. Der Vorstand hat den Jahresabschluss sowie den Lagebericht, soweit dieser gesetzlich erforderlich ist, unverzüglich der Generalversammlung zur Feststellung des Jahresabschlusses vorzulegen.
3. Jahresabschluss und Lagebericht (soweit dieser gesetzlich erforderlich ist) sollen mindestens eine Woche vor der Generalversammlung in den Geschäftsräumen der Genossenschaft oder an einer anderen bekanntzumachenden Stelle zur Einsicht der Mitglieder ausgelegt oder ihnen sonst zur Kenntnis gebracht werden.
4. Der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit dieser gesetzlich erforderlich ist, sind dem zuständigen Prüfungsverband mit den von ihm geforderten Nachweisen unverzüglich einzureichen.

§ 41 Rückvergütung, Verwendung des Jahresüberschusses

1. Der Vorstand beschließt vor Erstellung der Bilanz, welcher Teil des Überschusses als genossenschaftliche Rückvergütung ausgeschüttet wird. Es bedarf hierzu der Zustimmung der Generalversammlung. Dabei ist auf einen angemessenen Jahresüberschuss Bedacht zu nehmen. Auf die so beschlossene Rückvergütung haben die Mitglieder einen Rechtsanspruch.
2. Über die Verwendung eines Jahresüberschusses beschließt die Generalversammlung. Der Jahresüberschuss kann, soweit er nicht den Rücklagen zugeführt oder anderen Zwecken verwendet wird, an die Mitglieder nach dem Verhältnis ihrer Geschäftsguthaben am Schluss des vorhergegangenen Geschäftsjahres verteilt werden. Dabei sind die im abgelaufenen Geschäftsjahr auf den Geschäftsanteil geleisteten Einzahlungen vom ersten Tag des auf die Einzahlung folgenden Kalendervierteljahres an zu berücksichtigen. Der auf die Mitglieder entfallene Jahresüberschuss wird dem Geschäftsguthaben so lange zugeschrieben, bis der Geschäftsanteil erreicht oder ein durch einen Jahresfehlbetrag vermindertes Geschäftsguthaben wieder ergänzt ist.

§ 42 Jahresfehlbetrag

1. Über die Deckung eines Jahresfehlbetrages beschließt die Generalversammlung.
2. Soweit ein Jahresfehlbetrag nicht auf neue Rechnung vorgetragen oder durch Heranziehung der anderen Ergebnisrücklagen gedeckt wird, ist er durch die gesetzliche Rücklage oder die Kapitalrücklage oder durch Abschreibung von den Geschäftsguthaben der Mitglieder oder durch diese Maßnahmen zugleich zu decken.
3. Werden die Geschäftsguthaben zur Verlustdeckung herangezogen, so wird der auf das einzelne Mitglied entfallene Verlustanteil nach dem Verhältnis der übernommenen oder der satzungsgemäß zu übernehmenden Geschäftsanteile aller Mitglieder zu Beginn des Geschäftsjahres, in dem der Verlust entstanden ist, berechnet.

VI. Liquidation

§ 43 Liquidation

Nach der Auflösung erfolgt die Liquidation der Genossenschaft. Für die Verteilung des Vermögens der Genossenschaft ist das Gesetz mit der Maßgabe anzuwenden, dass das Reinvermögen im Verhältnis der Geschäftsguthaben an die Mitglieder verteilt wird.

VII. Bekanntmachungen

§ 44 Bekanntmachungen

1. Die Bekanntmachungen der Genossenschaft werden in den gesetzlich vorgesehenen Fällen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung veröffentlicht. Der Jahresabschluss und die in diesem Zusammenhang offenzulegenden Unterlagen werden, soweit gesetzlich vorgeschrieben, im elektronischen Bundesanzeiger unter der Firma der Genossenschaft bekannt gemacht.
2. Bei der Bekanntmachung sind die Namen der Personen anzugeben, von denen die Bekanntmachung ausgeht.

VIII. Gerichtsstand

§ 45 Gerichtsstand

Zuständig für alle Streitigkeiten zwischen dem Mitglied und der Genossenschaft aus dem Mitgliederverhältnis ist das Amtsgericht am Sitz der Genossenschaft.

IX. Satzungsänderungen

§ 46 Satzungsänderungen und Zulassung von Mitgliedschaften vor Eintragung

1. Eine Änderung der Satzung ist auch vor Eintragung der Genossenschaft mit der in § 28 Absatz 2 vorgesehenen Mehrheit durch Beschluss der Generalversammlung möglich.
2. Zum Zwecke der Erfüllung der gemäß § 11 Abs. 2 Nr. 1 GenG bestehenden Eintragungsvoraussetzung ist jedes Mitglied verpflichtet, unabhängig von seinem Abstimmungsverhalten, eine durch Beschlussfassung gemäß Abs.1 geänderte Gründungssatzung zu unterzeichnen.
3. Ein Mitglied, das seine gemäß Abs. 2 bestehenden Verpflichtungen verletzt, kann gemäß § 9 aus der Genossenschaft ausgeschlossen werden.
4. Der Vorstand ist berechtigt, auch vor Anmeldung der Genossenschaft Mitgliedschaften nach den Bestimmungen dieser Satzung und in entsprechender Anwendung der § 15 ff Genossenschaftsgesetz zuzulassen. Darüber hinaus haben die vor Anmeldung beitretenden Mitglieder die Gründungssatzung zu unterzeichnen. Ihnen ist eine Abschrift der Satzung vor Abgabe der Beitrittserklärung auszuhändigen.

Beschlossen durch die Gründungs- und erste ordentliche Generalversammlung am 13. Februar 2016 in Alsfeld und zuletzt geändert durch Beschluss der Generalversammlung am 13. Juni 2023 in Rödental.